

Immer diese Hetze - Das Narrativ von der nicht lohnenden Arbeit

Es ist überaus löblich, wenn die Koalition nun ihre Gesetzentwürfe zur Einführung des sog. Bürgergeldes durchbringt. Sicherlich ist das alles noch weit von dem entfernt, was soziale Sicherungssysteme in diesen Zeiten leisten sollten. Auch reichen die angekündigten Verbesserungen lange nicht an die sozialpolitischen Konzepte der LINKEN heran, die bereits vor 15 Jahren Grundzüge einer sanktionsfreien und bedarfsdeckenden Mindestsicherung vorgelegt hat. Es ist



völlig verständlich, dass sich insbesondere die SPD den Mühlstein Hartz IV vom Hals schaffen will. In der Rückschau bescherte die neoliberale Agenda-Politik ja nicht nur diesem Land den größten Sozialabbau der jüngeren Geschichte, auch der historische Niedergang der Sozialdemokratie ist hier kausal zu verorten. Der Zukunft zugewandt hatte die Partei bereits vor drei Jahren ein paar Pfeile mehr im Köcher, als unter der Ägide von Andrea Nahles die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, die Kindergrundsicherung und die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung thematisiert wurden. Aber gut.

Bemerkenswert rückständig präsentiert sich wiederum die Union, die seit Einführung von Hartz IV jedwede konkrete Verbesserung blockiert hat. Die unerträglichen Äußerungen von Söder und Merz gemahnen an die widerlichen Tiraden vergangener Jahre. Dass „die hart arbeitende Bevölkerung gegenüber den faulen Arbeitslosen“ benachteiligt werde, gipfelte in den Agenda-Jahren regelmäßig in unerträglichen Schmähungen der von Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen. Der damalige grüne Landtagsabgeordnete Oswald Metzger konstatierte seinerzeit, dass viele Leistungsbezieher „ihren Lebenssinn darin sehen, Kohlenhydrate oder Alkohol in sich hineinzustopfen und Fernsehen zu schauen.“ „Spättrömische Dekadenz“ warf der damalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle 2011 dem Prekariat vor und bleibt somit in unrühmlicher Erinnerung. Die ehemalige bayrische Sozialministerin Haderthauer unterstellte der SPD bereits 2010, dass sie „Hartz-IV-Familien offenbar mehr geben wollen als vergleichbaren arbeitenden Familien.“

Überhaupt die Union. Es waren vor allem CSU-Kommunalpolitiker, die vor einigen Jahren ausrechnen ließen, wieviel Geld Leistungsbezieher „einsparen“, die über die Lebensmitteltafeln doch gut versorgt seien. Die Regelsätze sollten entsprechend gekürzt werden. Hier ist der Sozial-Chauvinismus dahoam und wenn sich heute Alexander Dobrindt als CSU-Statthalter in Berlin entblödet, die Klebe-Fuzzis mit der RAF gleich zu setzen, dann wird das tumbe Stammtisch-Niveau routiniert bedient. Man kann die Aktionen der „letzten Generation“ bescheuert finden (was sie auch sind), aber derart geschichtsvergessene Entäußerungen sind eigentlich nur durch drei Weißbiere zu erklären, bzw. zu ertragen.

Zurück zum Diskurs über Sozialstaatsgebot und Lohnabstandsgebot: Dr. Johannes Steffen hat einige Daten und Erläuterungen zusammengetragen, die geeignet sind, die immer gleiche Diskussion zu entpolemisieren. Diese sind hier nachzulesen:

http://www.portal-sozialpolitik.de/index.php?page=narrativ_nicht_lohnende_arbeit

Eine umfassende Einordnung der Schröder'schen Agendapolitik habe ich zehn Jahre nach ihrer Einführung vorgenommen und hier hinterlegt:

<http://www.michael-scheffer.de/wp-content/uploads/2019/04/10-Jahre-Agenda-kein-Grund-zum->